

INTERPELLATION von Nina Fehr Düsel (SVP Küsnacht), Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), Daniel Wäfler (SVP Gossau)

betreffend Mieter dürfen nicht ausgewiesen werden und Asylpolitik muss überdacht werden

Vor Kurzem wurde die Bevölkerung darauf aufmerksam, dass in der Gemeinde Seegräben im Bezirk Hinwil ein Mieter per Ende Mai aus seiner Wohnung ausgewiesen wurde, um Flüchtlingen Platz zu machen. Offenbar macht die Gemeinde Eigenbedarf geltend, und der Gemeinderat gab Auskunft, dass er keine Alternativen hatte. Die Begründung der Kündigung fällt kurz aus, und der Fall sorgt für Empörung. Inzwischen wurden die Aufnahmequoten in allen Gemeinden per Juni 2023 nochmals erhöht, was die grösste Erhöhung seit 1999 darstellt. Die Gemeinde Seegräben, welche die Anweisungen des Kantons umsetzen muss, ist in einer schwierigen Situation. Der Bund muss mit der Realität auf Gemeindeebene unbedingt konfrontiert werden. Dieser Fall wird sich wiederholen und zeigt exemplarisch auf, wie überfordert Gemeinden, Kanton und auch Bund bei der Bewältigung des Asylansturms in der Schweiz sind. Auch in der Stadt Zürich wurden Studenten aus ihren Wohnungen ausgewiesen, da Asylsuchende dort unterkommen sollen. Gerade Gemeinden wie Seegräben haben keine Unterstützung mit Asyldurchgangszentren oder Notcontainern, die sie bereitstellen können. Es kann nicht sein, dass rechtschaffene Bürger aus ihrer Wohnung ausgewiesen werden, um Flüchtlingen Platz zu machen.

Wir bitten den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gäbe es in den vorliegenden Fällen Alternativen, wie Zivilschutzanlagen oder Notcontainer, um die Flüchtlinge unterzubringen?
2. Wie werden die Schweizer Mieter bei der Wohnungssuche unterstützt?
3. Was meint der Regierungsrat zum Schengener Abkommen und zu den Aufnahmequoten für Kanton und Gemeinden? Müssten diese nicht überdacht werden?
4. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass der Kanton Zürich durch die Personenfreizügigkeit bereits jetzt viele Zuzüger und Asylsuchende hat, im Vergleich zu anderen Kantonen?
5. Wie gedenkt der Regierungsrat die steigenden Zahlen an Flüchtlingen zu bewältigen, wenn es bereits jetzt zu Ausweisungen von Schweizern aus Wohnungen kommt? Wie können diese Flüchtlingsströme bewältigt werden?
6. Wie viele Wohnungen werden durch Asylbewerber belegt, welche eigentlich bereits ausgereist bzw. ausgeschafft werden sollten?

Nina Fehr Düsel
Domenik Ledergerber
Daniel Wäfler

M. Bochsler
D. Bonato
H-P. Amrein
U. Bamert
A. Bender
P. Dalcher
M. Hauser
J. Hofer

W. Honegger
M. Hübscher
R. Isler
C. Marty
M. Marty
V. Landmann
C. Mettler
K. Meyer

P. Schick
U. Pfister
R. Rogenmoser
O. Wyss
T. Weidmann